



# ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das  
Präsidium des Nationalrates

Dr-Karl-Renner-Ring 3  
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	24 - GE 87
Datum:	-3. JULI 1987
Verteilt	03. Juli 1987 <i>Erstader</i>

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen  
LJ-ZB-2111

*H. Hlawatsch*  
Telefon (0222) 65 37 65  
Durchwahl 456

Datum  
29.6.1987

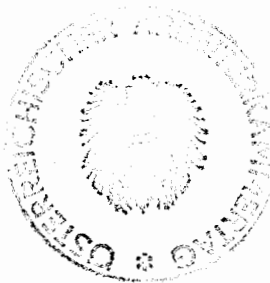
Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Zivildienstgesetz geändert  
werden soll (ZDG-Novelle 1987);  
Stellungnahme

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet 25 Exemplare seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:

*[Handwritten signature]*



Der Kammeramtsdirektor:  
iA

*[Handwritten signature]*

Beilagen

## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

Arbeits-Wien, Postfach 100, 1014 Wien

An das  
Bundesministerium für Inneres  
Postfach 100  
1014 Wien

Druck-Nr.	Unterschied	Telefon-Nr.	Datum
Z1 94103/115-III/5/87 12.5.1987	LJ/Mag Ku/2111	456	16.6.1987

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Zivildienstgesetz geändert  
werden soll (ZDG-Novelle 1987);  
Stellungnahme

Dem Österreichischen Arbeiterkammertag wurde der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Zivildienstgesetz geändert werden soll, zur Stellungnahme übermittelt.

Dem Österreichischen Arbeiterkammertag ist es nicht möglich, in der vom Bundesministerium vorgesehenen unangemessen kurzen Begutachtungsfrist die Kammern für Arbeiter und Angestellte zu befassen und sodann eine Stellungnahme abzugeben. Es wurde daher um Erstreckung der Begutachtungsfrist ersucht.

Gerade für die Einführung neuer gerichtlich strafbarer Tatbestände durch gesetzliche Regelungen außerhalb des Strafgesetzbuches ist eine gründliche Erörterung angebracht. Steht doch eine solche Vorgangsweise den Zielsetzungen der Strafrechtsreform nach Entkriminalisierung des Strafrechts entgegen.

Auch der Gesetzgeber des Zivildienstgesetzes ging im Jahre 1974 davon aus, Verletzungen von Pflichten im Rahmen des Zivildienstes wegen der unterschiedlichen Struktur von Zivil- und Präsenzdienst, anders als nach dem Militärstrafrecht, grundsätzlich als Verwaltungsübertretung zu normieren. (Fessler-Stumpf, Kurzkommentar zum ZDG, Juridica-Verlag 1976, Seite 94).

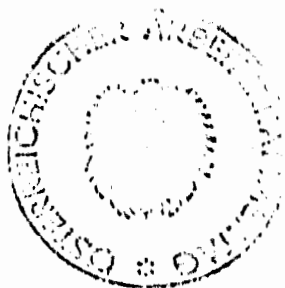
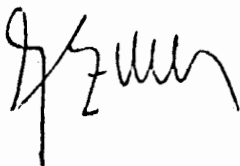
./.

Im Hinblick auf die Problematik von Vorstrafen, insbesondere für das berufliche Weiterkommen der Betroffenen, erscheint es auch im gegenständlichen Fall vertretbar, den Nichtantritt des Zivildienstes mit Verwaltungsstrafe zu ahnden.

Überdies erscheint die Einbeziehung von Mentalreservationen als Tatbildmerkmal in den Tatbestand des neuen § 58 ZDG bedenklich, weil es wohl kaum möglich sein wird, ein Verhalten zweifelsfrei als "Verweigerung des Zivildienstes für immer" zu beurteilen.

Der Österreichische Arbeiterkammertag ersucht, seine Ausführungen zu berücksichtigen.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

